

Frau Präsidentin,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
Der hier vorliegende Antrag der Grünen berührt ein Thema,
das uns alle in den nächsten Monaten noch intensiv
beschäftigen wird.

Zunächst muss man dazu aber sagen, dass der Antrag leider
etwas zu früh gestellt worden ist, da die endgültige
Finanzausstattung der EU-Fonds noch nicht feststeht.

So hat das europäische Parlament längst noch nicht eine
Einigung über die finanzielle Ausstattung für die
Programmkulisse erzielt. Das müssten auch die Antragsteller
wissen. Die Grünen im europäischen Parlament haben nämlich
ebenso wie 80% der anderen Abgeordneten dort den
Vorschlag des Rates abgelehnt, weswegen es jetzt zu
Neuverhandlungen im dortigen Vermittlungsausschuss
kommen musste, die am Dienstag stattgefunden haben. Diese
Verhandlungen müssen nun am 04.04.06 meines Wissens
nach weitergeführt werden.

Meine Damen und Herren, Ich möchte auf die einzelnen
wichtigen Ziele, die mit der EU Strukturförderung einhergehen
sollen, nochmals etwas detaillierter eingehen.

Um für die Lissabon-Strategie neue Impulse zu setzen,
beschloss der Europäische Rat am 22. und 23. März 2005 ihre
Aktualisierung und Ergänzung. Die Schwerpunkte der
Neubelebung sind:

1. Förderung von Wissen und Innovation – als Triebkräfte für nachhaltiges Wachstum

Der "**Europäische Raum des Wissens**" soll die
Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich den Unternehmen
neue Wettbewerbsfaktoren erschließen, die Verbraucher in den
Genuss neuer Güter und Dienstleistungen kommen und die
Arbeitnehmer neue Fähigkeiten erwerben können. Forschung,

Bildung und Innovation sollen in all ihren Formen vorangetrieben werden, um zu ermöglichen, Wissen in Mehrwert zu verwandeln und **mehr und bessere Arbeitsplätze** zu schaffen. Außerdem soll in den nächsten Jahren ein echter Dialog zwischen den öffentlichen und den privaten Akteuren der Wissensgesellschaft gefördert werden.

Die Mitgliedstaaten und damit auch ihre Bundesländer sollen ihre **Innovationspolitik** entsprechend ihren Besonderheiten ausbauen und dabei unter anderem die folgenden Ziele verfolgen:

- Schaffung von Mechanismen zur Unterstützung von innovativen kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU)
- Förderung gemeinsamer Forschungsarbeiten von Unternehmen und Hochschulen
- Verbesserung des Zugangs zu Risikokapital

2. Ziel ist die höhere Attraktivität des europäischen Wirtschaftsraums für Investitionen und Arbeit

Um Investitionen in der EU zu fördern und ein attraktives Umfeld für Unternehmen und Arbeitnehmer zu schaffen, soll der **Binnenmarkt vollendet** werden. Es soll ein günstigerer Regelungsrahmen für Unternehmen geschaffen werden, die ihrerseits eine **stärkere soziale Verantwortung übernehmen sollen**.

Der Binnenmarkt für Dienstleistungen soll in vollem Umfang funktionieren, wobei **zugleich – und das ist uns Sozialdemokraten wichtig** - das europäische Sozialmodell gewahrt bleibt.

Die **kleinen und mittleren Unternehmen** spielen eine Schlüsselrolle für Wachstum und Beschäftigung und sind an der Entwicklung des Wirtschaftsgefüges beteiligt. Die

Mitgliedstaaten werden daher gehalten, ihre Politik der besonderen Förderung in diesem Bereich fortzusetzen.

3. Ziel ist die Steigerung von Wachstum und Beschäftigung im Dienste des sozialen Zusammenhalts

Die Ziele **Vollbeschäftigung** sowie bessere und produktivere Arbeit und der soziale Zusammenhalt sollen ihren Niederschlag in klaren und messbaren Prioritäten finden: Beschäftigung als realistische Möglichkeit für alle, Erhöhung der Arbeitsmarktbeteiligung, Verbesserung der Anpassungsfähigkeit, oder die Förderung der Chancengleichheit – insbesondere zwischen Männern und Frauen

Um mehr Personen für den Arbeitsmarkt zu gewinnen wird eine **aktive Beschäftigungspolitik**, finanzielle Attraktivität der Arbeit, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben, einschließlich einer Verbesserung der Kinderbetreuungseinrichtungen angestrebt.

Diese Ziele vorausgeschickt kann man sagen, dass die Planungen für die nächste Strukturfondsperiode langsam in die Zielgerade kommen.

Die Verhandlungen zwischen EP und Rat über die finanzielle Ausstattung sollen im April beendet werden. Die Mitgliedstaaten arbeiten ihre Nationalen Strategischen Rahmenpläne aus (erster Entwurf aus Deutschland steht). Parallel dazu werden von den Bundesländern die operationellen Programme vorbereitet, die von der EU-Kommission dann genehmigt werden müssen.

Bei der niedersächsischen Landesregierung ist hier leider bisher Fehlanzeige zu vermelden

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Mit einem Volumen von ca. 1,5 Mrd. Euro für die Jahre 2007-2013 allein in Niedersachsen sind die EU-Strukturfonds **die**

zentralen wirtschaftspolitischen Instrumente der nächsten Jahre.

Mit den EU - geförderten Programmen werden wichtige Eckpfeiler der Wirtschafts- und Strukturpolitik sowie der Arbeitsmarktpolitik incl. Beschäftigungsförderung und Qualifizierung in den nächsten Jahren gesetzt.

Alle Akteure sind aufgerufen, diesen Prozess aktiv zu begleiten und mitzugestalten.

Nun noch ein paar Anmerkungen zu den Einzelheiten des Grünen-Antrages:

Der Passus hinsichtlich der GA Förderung ist etwas überholt, da die Bundesregierung ja die Ausgestaltung der Ga Förderung im März abgeschlossen hat.

Ebenso ist noch nicht im Rahmen einer Strukturfondsverordnung über die Möglichkeit der Einrichtung der regionalen Teilbudgets entschieden worden.

Zu Punkt 3 des grünen Antrages ist auszuführen, dass es aufgrund des besonderen Status des ehemaligen Regierungsbezirkes Lüneburg natürlich nicht zu einem negativen Förderwettbewerb kommen darf, der aber auch so wohl nicht zu befürchten ist, da Umsiedlungsprojekte in der Europäischen Union ohnehin nicht mehr gefördert werden sollen.

Hinsichtlich des Vorschlages zu Punkt 5 des Antrages, wonach die Zusammenarbeit aller Ministerien verstärkt werden soll, fehlt in jedem Fall das Sozialministerium in Ihrer Auflistung.

Die Ansiedlung einer zentralen Steuerung, Vergabe und externe Evaluation allein bei der Nbank muss aus unserer Sicht zumindest jedoch diskutiert werden. Es ist in Ihrem Antrag nicht ersichtlich, wo die gesamte Benachteiligtenförderung aus dem ESF, die ja auch weiterhin betrieben werden soll, denn angesiedelt werden soll.

Hier wäre vor allen Dingen auch die Position der Landesregierung von Interesse, wo und wie sie sich denn zukünftig eine weitere Förderung z.B. der Jugendwerkstätten

oder anderer Programme für die Qualifizierung von Benachteiligten vorstellt.

Unabhängig davon ist eines schon jetzt als sehr wichtig festzustellen: es muss viel mehr als bisher in integrierten Gesamtkonzepten gedacht werden.

Die Einzelförderung von gesonderten Infrastrukturvorhaben wird nicht funktionieren, wenn nicht ein beschäftigungspolitisches Gesamtpaket in den betroffenen Regionen erkennbar ist.

Meine Damen und Herren,

hier finden Sie uns dann auch wieder an Ihrer Seite, wenn es darum geht, dass in Bezug auf den Bereich ländliche Entwicklung die Neuausrichtung der Förderung von der reinen Agrarförderung hin zur breiten Förderung einer integrierten ländlichen Entwicklung beschleunigt werden soll.

Abschließend möchte ich ausführen, dass uns in ihrem Antrag ein Passus über die Verankerung der Handlungsmöglichkeiten hinsichtlich der demografischen Entwicklung unseres Landes fehlt.

Alles in allen, ist der Antrag eine Grundlage auf der wir die Ausrichtung der Wirtschafts- und Strukturpolitik der Landesregierung diskutieren können. Wir sind gespannt auf die Unterrichtung der Landesregierung zu diesem Thema.

Da ein wichtiges Element der EU Förderung in Zukunft der soziale Zusammenhalt in Europa und in der europäischen Gesellschaft sein wird, halten wir es ebenso für sinnvoll, ggf. auch die Sozialpartner ins Boot zu holen bei so wichtigen Weichenstellungen für die nächsten Jahre in unserem Land. Daher werden wir einen Änderungsantrag zu diesen in die Ausschussberatungen einbringen und halten auch eine Anhörung zu dem gesamten Fragenkomplex für sinnvoll.

Wichtige Fragen, die zur Beratung dieses Antrages noch geklärt werden müssen, sind:

Welche Bundesprogramme wird es geben?

Was behält der Bund für seine eigenen Programme

Gibt es eine private Kofinanzierungsmöglichkeit?

Wird die Mehrwertsteuer anrechenbar sein

Wie stark sollten die Sozialpartner bei der Planung mit eingebunden werden

Wie wird die konkrete Aufteilung des ESF und des EFRE ausgestaltet?

Wie viele Programme wird es geben?

Wie wird Strukturpolitik zur landwirtschaftlichen Strukturpolitik abgegrenzt?

Wie kann der demografische Wandel im Hinblick auf die Anpassung von Infrastruktur z.B. adäquat berücksichtigt werden?

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit